

DER VORSITZENDE

Berlin 26 01 2024
Wintersitzungen des Wissenschaftsrats
<https://doi.org/10.57674/30g4-6q75>

PROFESSOR DR. WOLFGANG WICK

Was kommt nach dem Wachstum? Der demografische Wandel erreicht das Hochschulsystem.

BERICHT DES VORSITZENDEN ZU AKTUELLEN TENDENZEN IM WISSENSCHAFTSSYSTEM

Ein neues Jahr hat begonnen, viele aktuelle Krisen und Konflikte stimmen sorgenvoll für die Zukunft. Aber eine Krise kann uns auch zum Nachdenken zwingen und produktiv werden lassen, „vorausgesetzt, man nimmt ihr den Beigeschmack der Katastrophe“, wie Max Frisch bemerkte. Das möchte ich heute mit einem Thema tun, das uns im Hochschulsystem alle bewegt. Ich möchte mit Ihnen über die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels reden: Welche Lösungen hat unser Hochschulsystem dafür anzubieten, wie ist es von diesem Wandel selbst betroffen?

I. EINLEITUNG

Der demografische Veränderungsprozess in Deutschland hat weitreichende Folgen für die Entwicklung unserer Gesellschaft und des Arbeitsmarkts. Um unser Wohlstandsniveau aufrecht zu erhalten, müssen wir mehr Fachkräfte ausbilden und sie höher qualifizieren. Der Umgang mit dem demografischen Wandel verlangt also auch Veränderungen im Hochschulsystem. Mit dieser Frage hat sich der Wissenschaftsrat vor einigen Jahren vorausschauend befasst und in vier Teilbänden „Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ gegeben. |¹

Mittlerweile sind die Auswirkungen des demografischen Wandels an den Hochschulen deutlich spürbar. Ende November meldete das Statistische Bundesamt, dass die **Zahl**

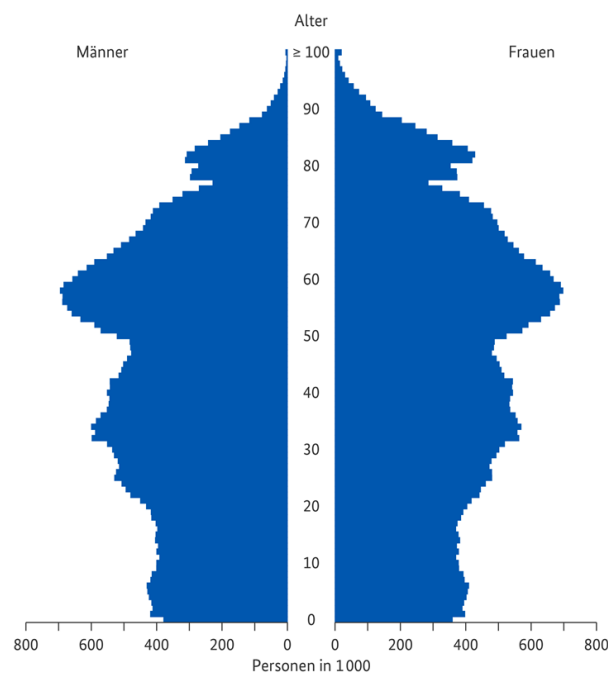
|¹ Siehe Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, 2014, 2015, 2016, 2019; URL: https://www.wissenschaftsrat.de/DE/Aufgabenfelder/Wissenschafts_und_Hochschulsystem/Studium_und_Hochschulbildung/studium_und_hochschulbildung_node.html#doc79658946-ecab-490a-99a7-87bc87b4d778bodyText1

der Studierenden in Deutschland im zweiten Jahr in Folge zurückgegangen ist. Bei den Studienanfängerinnen und -anfängern waren die Zahlen bereits von 2018 bis 2021 rückläufig, inzwischen zeigt sich wieder eine leichte Aufwärtstendenz. |²

Wir müssen also unseren Fokus verändern: Es wird nicht mehr darum gehen, die Hochschulen für den Ansturm zusätzlicher Studieninteressierter offen zu halten, sondern bei einigermaßen gleichbleibender Studiennachfrage einen besseren Ertrag (Studienerfolg) zu erzielen. Wir müssen umdenken. Und dazu müssen wir die Lage genau analysieren.

II. ZUR DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG

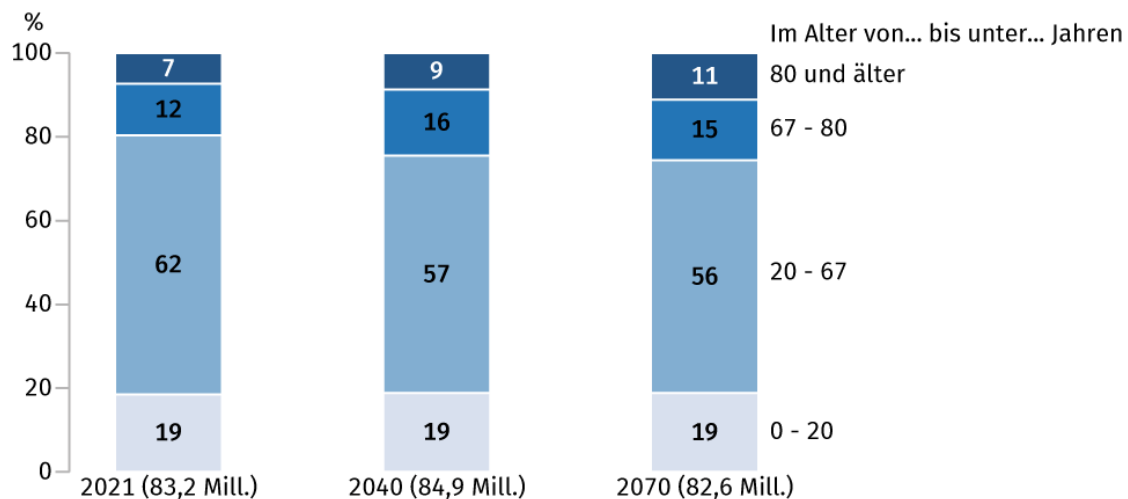
Abbildung 1 Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 2022



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2023).

Betrachten wir zunächst den Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 2022. Er wird durch die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer-Generation dominiert. Sie sind im Alter zwischen Mitte 50 und Mitte 60 und werden in den kommenden Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Dadurch wird das Potenzial der Erwerbspersonen bis Mitte der 2030er Jahre deutlich schrumpfen, das ist der viel beklagte Fachkräftemangel. Den Babyboomern folgen kleinere Geburtsjahrgänge, seit 1970 mit wellenartigen Wachstumsschüben.

|² Siehe DESTATIS Pressemitteilung Nr. 455 vom 28. November 2023; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23_455_21.html

Abbildung 2 Bevölkerung nach Altersgruppen 2021, 2040 und 2070

Quelle: DESTATIS (2021): Ergebnisse der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (für 2021 IST, für 2040 und 2070 gemäß Variante 2).

2021 waren noch 62 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 66 Jahren. Nach den Prognosen der letzten Bevölkerungsvorausberechnung werden sie aber schon 2040 nur noch 57 Prozent ausmachen und große Versorgungslasten schultern müssen. |³

Inwieweit die Zahl der Menschen im Ausbildungs- und Erwerbsalter zukünftig zu- oder abnehmen wird, hängt entscheidend vom Wanderungssaldo ab. Ob durch Kriege, Naturkatastrophen und andere Ursachen mehr junge Menschen ins Land kommen und diese dann auch ein Hochschulstudium aufnehmen werden, darüber kann nur spekuliert werden.

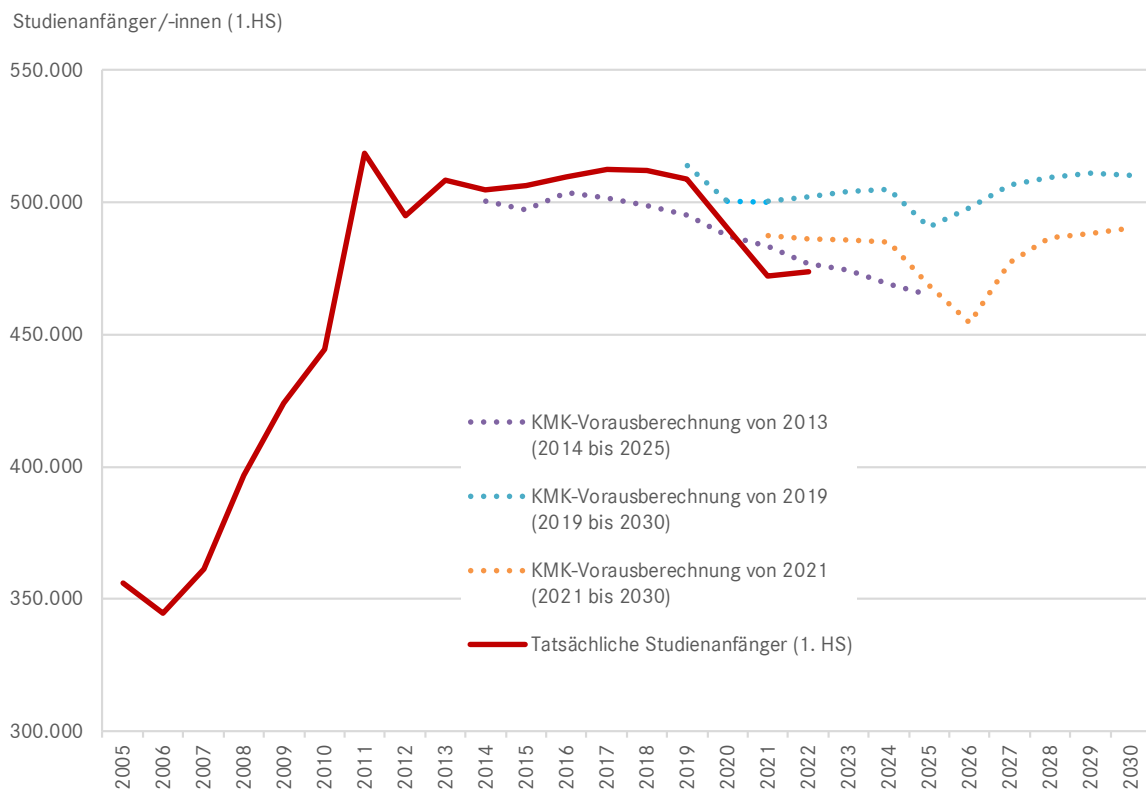
Eine demografische Entwicklung betrifft die Hochschulen aber heute und unmittelbar: die Studienanfängerzahlen. Ich wette, viele von Ihnen sind überzeugt, dass diese drastisch schrumpfen werden. Eine angenehme Enttäuschung wartet auf Sie, denn die gute Nachricht ist: Für die Altersgruppe der unter 20-Jährigen zeichnet sich ab, dass ihr Anteil voraussichtlich über Jahrzehnte relativ stabil bei etwa 19 Prozent bleiben wird. Aus dieser Gruppe stammen die künftigen Studienanfängerinnen und -anfänger.

|³ Siehe DESTATIS (2021): 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html>

III. ENTWICKLUNG DER STUDIENANFÄNGERZAHLEN

III.1 Studienanfängerzahlen: Allgemeiner Trend

Abbildung 3 Vergleich der KMK-Vorausberechnungen mit den tatsächlichen Studienanfängerzahlen



Quelle: KMK (2013/2019/2021): Vorausberechnung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen; Statistisches Bundesamt für tatsächliche Studienanfängerinnen und -anfänger nach Studienjahren.

Die **Studienanfängerzahl** ist in Deutschland von 2005 bis 2011 stark angestiegen. 2011 überschritt sie erstmals die Marke von 500 Tsd. Das lag an einer gestiegenen Bildungsbeteiligung und Studierneigung, aber es gab auch Sondereffekte wie die in fast allen Ländern durchgeführte Verkürzung der gymnasialen Oberstufe sowie das Aussetzen der Wehrpflicht.

Bis 2018 verblieben die Studienanfängerzahlen auf einem hohen Niveau und sanken dann vier Jahre in Folge. Durch die Corona-Pandemie 2020 und 2021 gab es einen starken Einbruch. Aber der ist vor allem auf das Ausbleiben vieler **internationaler Studierender** zurückzuführen. Deren Anteil war nämlich in den Jahren zuvor stetig gestiegen: von rund 14 Prozent im Jahr 2011 auf fast 22 Prozent im Jahr 2019. Ohne die

Bildungsausländerinnen und -ausländer wären die Studienanfängerzahlen bereits seit 2011 rückläufig gewesen.

Die Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen durch die Kultusministerkonferenz (KMK) war immer sehr konservativ und ist während der Expansionsphase ständig von der Realität überboten worden. Mit dem Corona-Einbruch 2020 lag die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger erstmals unter den Vorausberechnungen. Die KMK erwartet aktuell – nach einem temporären Rückgang aufgrund der G9-Rückführung in 2026 – eine Stabilisierung der Studienanfängerzahlen auf einem relativ hohen Niveau. Wenn wir der Vorausberechnung folgen, dann ist nach siebzehn Jahren Ausbauphase der Hochschulen, erfolgreich unterstützt von Bund und Ländern im Rahmen des Hochschulpakts 2020, nun offenbar **ein Ende des Wachstums erreicht**. Der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ |⁴ als Nachfolgeprogramm des Hochschulpakts trägt dieser Entwicklung bereits Rechnung. Sein Ziel ist es, die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu erhalten und die Qualität von Studium und Lehre zu verbessern.

Betrachtet man diese bundesweiten Zahlen, dann bietet sich den Hochschulen offenbar die Chance, sich in den kommenden Jahren nach großen Anstrengungen endlich zu konsolidieren, Studium und Lehre zukunftsfähig auszugestalten und die Infrastruktur zu modernisieren. Universitäten und HAW könnten sich nach dem quantitativen Ausbau also einer qualitativen Steigerung zuwenden. Kein Grund zur Sorge also? Das setzt allerdings voraus, dass die Budgets nicht gekürzt werden. Ist das so sicher angesichts multipler Krisen, großer Transformationen und der Schuldenbremse? Wie organisiert man politisch gleichbleibende Budgets für einen auf den ersten Blick sinkenden Bedarf?

Einige von Ihnen werden einwenden: Bei uns – in meinem Land, an meiner Hochschule – ist aber eine andere Entwicklung zu beobachten. Und Sie haben recht. Denn in der Tat bilden die bundesweiten Durchschnittszahlen keineswegs die Lage an jedem Standort, in jedem Land oder jedem Fach ab. Vielmehr ist die Realität an den Hochschulen in Teilen eine völlig andere. Wir müssen also genauer hinschauen.

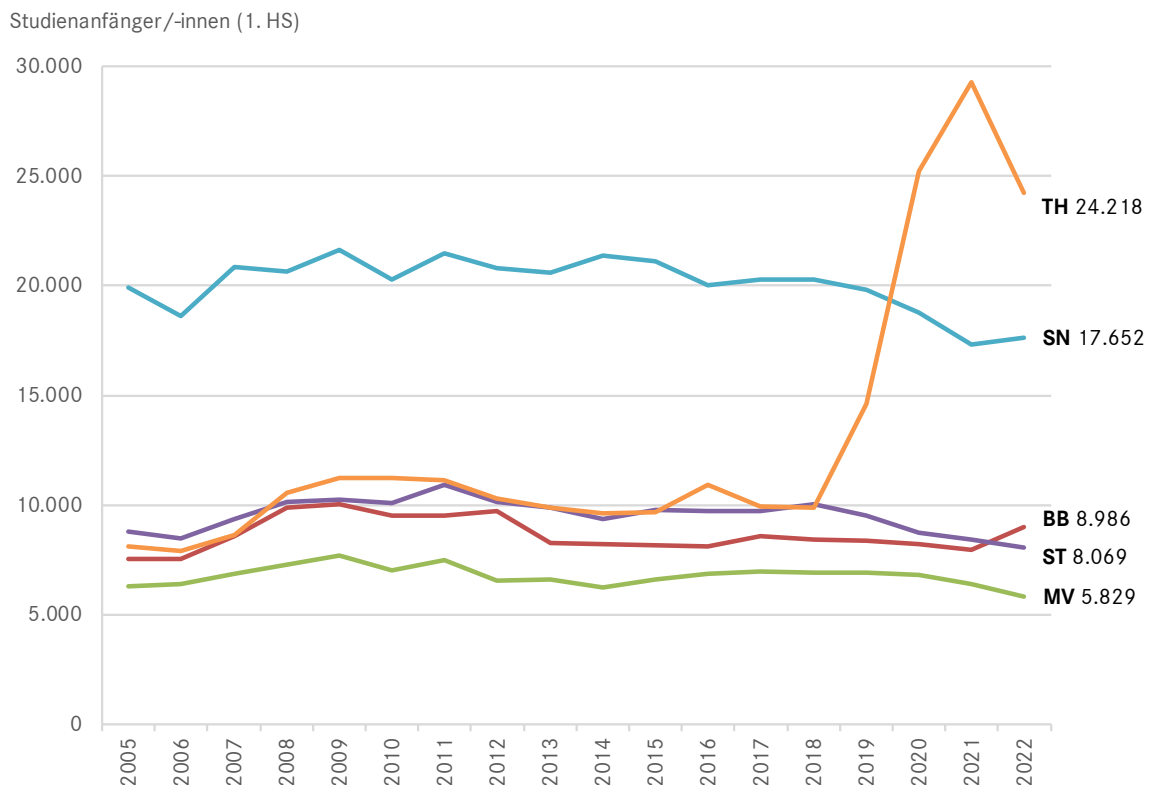
|⁴ https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/studium/zukunftsvertrag-studium-und-lehre-staerken/zukunftsvertrag-studium-und-lehre-staerken_node.html

III.2 Differenzierte Betrachtung der Studienanfängerzahlen

III.2.1 Länder

In den meisten Ländern sind die Studienanfängerzahlen kontinuierlich rückläufig. Die Entwicklung begann dabei zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Betrachten wir zunächst die **ostdeutschen Flächenländer**.

Abbildung 4 Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den ostdeutschen Flächenländern



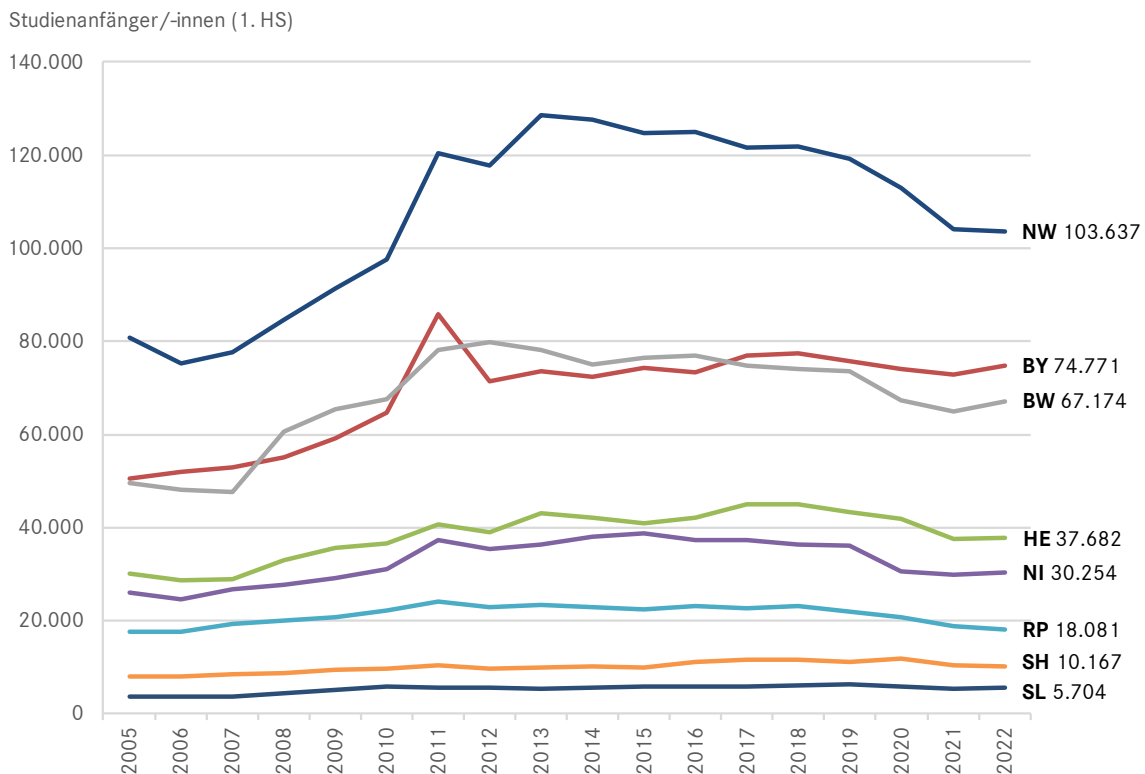
Quelle: BMBF-Datenportal, nach Tabelle 2.5.7.

Im Land Brandenburg, mit dem wir uns im Rahmen der Landesstrukturbegutachtung in den vergangenen Tagen schon intensiver befasst haben, verzeichneten die Hochschulen seit dem Höchststand 2012 kontinuierlich abnehmende Studienanfängerzahlen von 9.715 im Jahr 2012 auf 7.934 im Jahr 2021, was einem Rückgang um 18,3 Prozent entspricht. Die Kurve sähe noch anders aus, wenn die ostdeutschen Hochschulen nicht viele Studieninteressierte aus Westdeutschland aufgenommen hätten.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind rückläufige Zahlen schon seit 2009 bzw. 2011 zu verzeichnen. In Sachsen gab es bis 2016 noch moderate

Schwankungen, bevor sich die Entwicklung ab 2018 dem allgemeinen rückläufigen Trend annäherte. In Thüringen stiegen die Studienanfängerzahlen 2016 durch die Gründung der Dualen Hochschule Gera-Eisenach und seit 2019 infolge der Verlagerung des Hauptsitzes der privaten Internationalen Hochschule (IU) mit über 100 Tsd. Studierenden, darunter viele Fern-Studierende, von Bad Honnef nach Erfurt. Ohne diese Sondereffekte hätte es auch in Thüringen eine rückläufige Entwicklung gegeben.

Abbildung 5 Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den westdeutschen Flächenländern



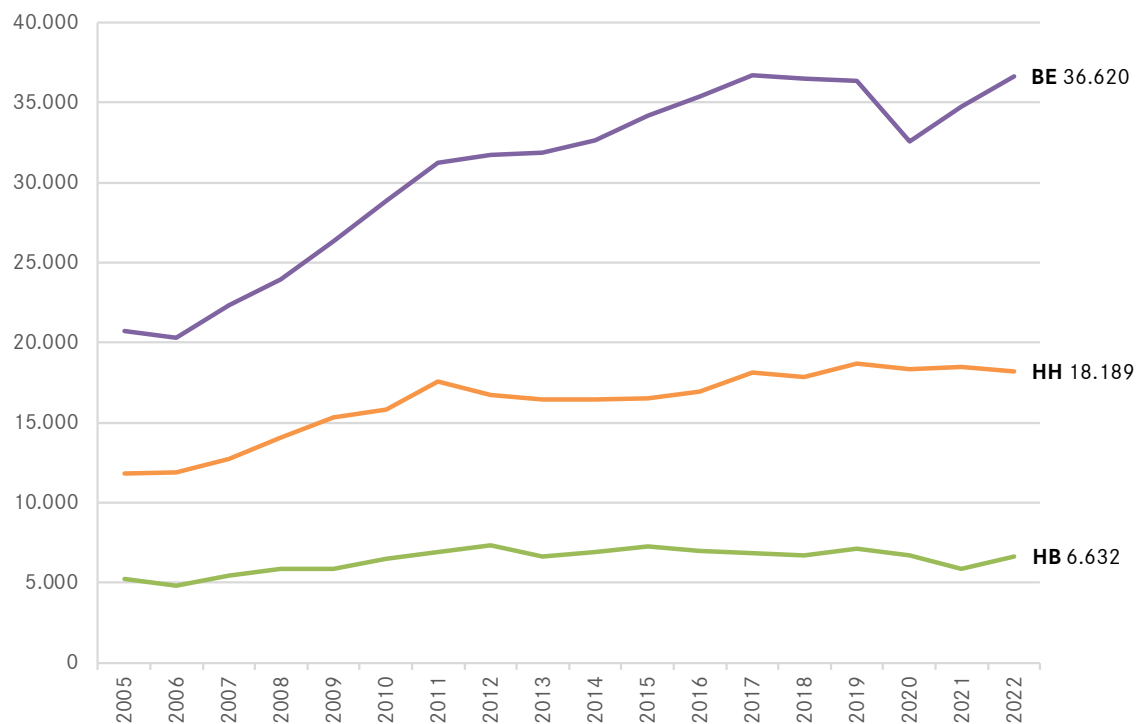
Quelle: BMBF-Datenportal, nach Tabelle 2.5.7.

In den **westdeutschen Flächenländern** ist die Entwicklung heterogener. Etliche westdeutsche Flächenländer haben inzwischen wieder das Niveau von 2010 erreicht. Bevölkerungsstarke Länder wie Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg waren dabei sehr viel stärker von Effekten wie dem doppelten Abiturjahrgang oder Aussetzen der Wehrpflicht betroffen und unterlagen damit größeren Schwankungen als andere Länder. In Nordrhein-Westfalen erreichten die Studienanfängerzahlen 2013 ihren Höchststand und sind seither rückläufig, während sie in Bayern weiterhin leicht steigen. Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz verlieren seit einigen

Jahren Studienanfängerinnen und -anfänger, ebenso Hessen. In Schleswig-Holstein und im Saarland sind die Zahlen stabil.

Abbildung 6 Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Stadtstaaten

Studienanfänger/-innen (1. HS)



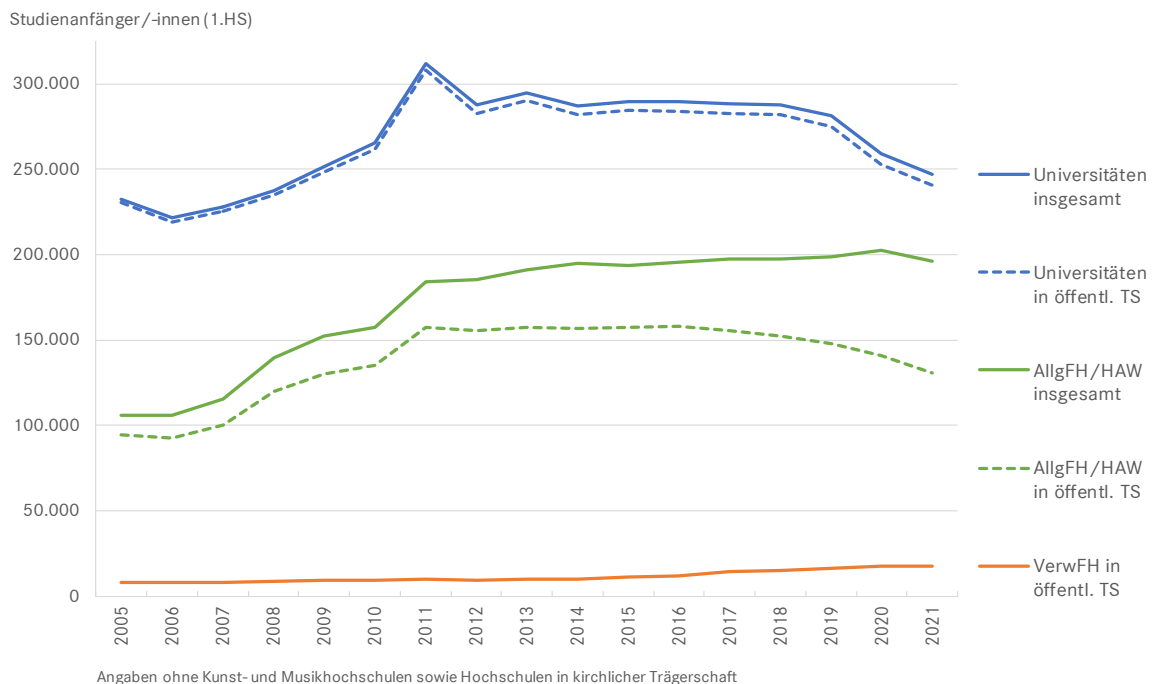
Quelle Abb. 4-6: BMBF-Datenportal, nach Tabelle 2.5.7.

Relativ stabil ist die Entwicklung auch in den **Stadtstaaten** Hamburg und Bremen, während Berlin – abgesehen von einem temporären Einbruch im Corona-Jahr 2020 – stetig steigende Studienanfängerzahlen hat.

III.2.2 Hochschulen nach Typen und Trägerschaft

Das ist die Lage in den Ländern. Schauen wir uns nun die verschiedenen **Hochschultypen** und deren **Trägerschaft** an. Denn auch da gibt es große Unterschiede.

Abbildung 7 Entwicklung der Studienanfängerzahlen nach Hochschultypen und Trägerschaft



Quelle: DZHW/ICEland-Datenbankabfrage nach Hauptberichten des Statistischen Bundesamts.

In der ersten Wachstumsphase von 2005 bis 2011 sind die Einschreibezahlen sowohl an **Universitäten** als auch an HAW gestiegen, wobei die Kurve an den **HAW** deutlich steiler war: Sie hatten ein Plus von rund 69 Prozent (inkl. Verwaltungsfachhochschulen), bei den Universitäten (ohne Kunst- und Musikhochschulen) war es ein Plus von gut 34 Prozent. Seit 2012 ist die Studienanfängerzahl an den Universitäten wieder rückläufig, nach dem Gipfel von 2011 ging die Nachfrage bis 2021 um knapp 22 Prozent zurück (absolut: minus 67.080).

An den HAW ist die Studienanfängerzahl in dieser Phase zunächst weiterhin gestiegen. Das galt allerdings nicht für alle. Rechnet man die Verwaltungsfachhochschulen und die nicht-staatlichen Hochschulen heraus, dann setzte an den allgemeinen HAW bereits 2017 (also vor der Pandemie) ein Rückgang der Einschreibungen ein, er betrug zwischen 2016 bis 2021 knapp 17 Prozent.

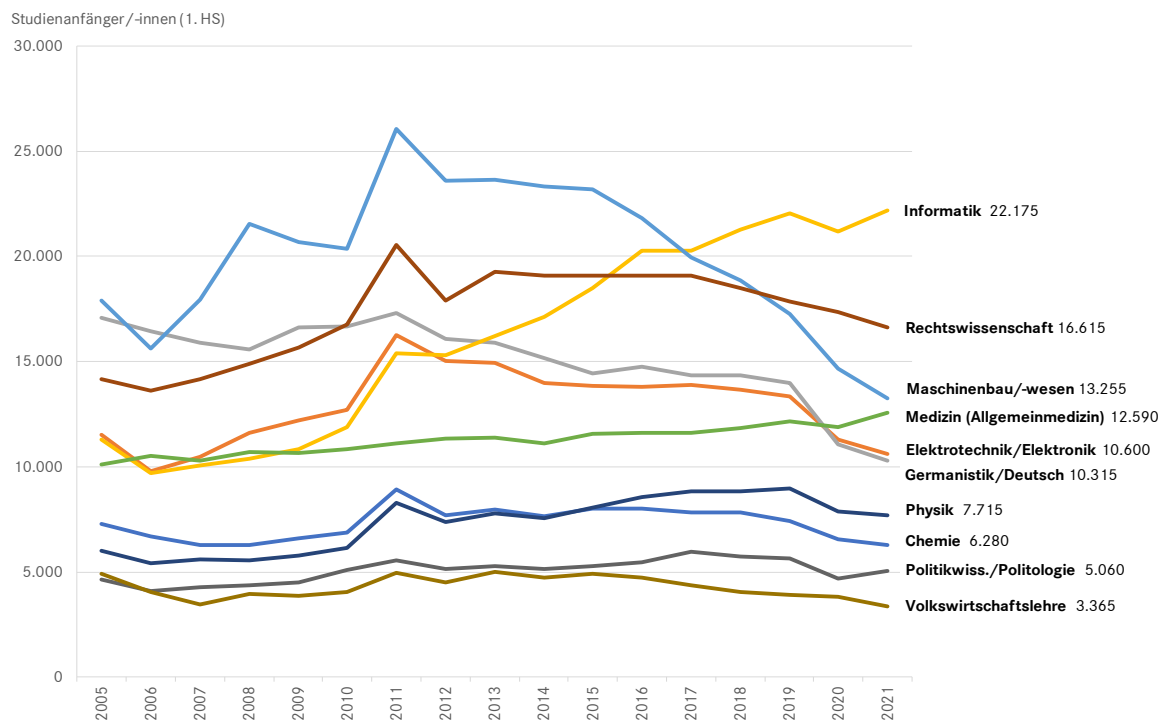
Über alle Hochschultypen hinweg lagen die Studienanfängerzahlen an den **öffentlichen Hochschulen** 2021 wieder auf dem Niveau von 2009. Es ist also gelungen, die Nachfrage auch bei kleiner werdenden Alterskohorten hoch zu halten. Denn die Studierneigung ist heute höher als zu Beginn der Ausbauphase, außerdem ist Deutschland weltweit ein sehr beliebtes Studienziel. Die Studienanfängerquote (bezogen auf die Schulabgängerinnen und -abgänger) lag 2021 bei rund 55 Prozent gegenüber knapp 46 Prozent im Jahr 2010. Von diesem Zuwachs profitieren allerdings die **privaten Hochschulen** viel stärker als die staatlichen. Sie konnten ihre Studienanfängerzahlen kontinuierlich ausbauen, von 2011 bis 2021 um 134 Prozent, und mussten auch während der Pandemie keine Einbrüche hinnehmen.

Inzwischen ist der Anteil der Studierenden an privaten Hochschulen so stark gewachsen, dass er auch in absoluten Zahlen relevant ist: Während die allgemeinen HAW in öffentlicher Trägerschaft zwischen 2016 und 2021 gut 27 Tsd. Studienanfängerinnen und -anfänger verloren haben, konnten die privaten HAW in diesem Zeitraum rund 28 Tsd. Studienanfängerinnen und -anfänger hinzugewinnen. Die steilere Kurve beim Hochschultyp HAW im Vergleich zu der Kurve der Universitäten wird also verursacht von den privaten und den Verwaltungsfachhochschulen. Man kann sogar sagen: Die privaten Hochschulen erzeugen eine höhere Studierneigung, die staatlichen tun dies deutlich weniger.

III.2.3 Fächer

Schauen wir uns noch die Entwicklung in einigen ausgewählten Fächern an. Denn auch hier zeigen sich sehr große Unterschiede.

Abbildung 8 Entwicklung der Studienanfängerzahlen in ausgewählten Fächern



Quelle: DZHW/ICEland-Datenbankabfrage nach Hauptberichten des Statistischen Bundesamts.

Der Blick auf die Studienanfängerzahlen zeigt eine Berg- und Talfahrt. Nur in der **Medizin** und übrigens auch in den anderen, hier nicht dargestellten Fächern im Gesundheitsbereich gibt es eine stetige Aufwärtsentwicklung. Wir sehen: Die Akademisierung von Ausbildungsberufen kann die Nachfrage nach Studienplätzen erhöhen.

Die Studienanfängerzahlen in der **Germanistik** hingegen sind schon seit 2011 rückläufig und liegen seit langem deutlich unter dem Stand von 2005, als der Kapazitätsausbau begonnen hat. Und dabei ist das Fach relevant für die Lehrerbildung und war lange Zeit sehr beliebt. Auch andere und kleinere geisteswissenschaftliche Fächer verzeichnen einen Abwärtstrend, die meisten werden nur an Universitäten angeboten.

In der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ war die **Rechtswissenschaft** in der Wachstumsphase sehr beliebt. Aber die Einschreibezahlen gehen seit 2017 zurück und befinden sich inzwischen wieder auf dem Stand von 2010. So ist es auch in der **Politologie**, allerdings ohne ähnliche Dynamik. Weniger günstig sieht es für die **Volkswirtschaftslehre** aus.

Auch im Bereich der MINT-Fächer zeigen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen. Nur die **Informatik** weist eine starke und kontinuierliche Aufwärtsentwicklung auf, was sehr begrüßenswert ist. Leider sieht der Trend in der **Elektrotechnik** entgegengesetzt aus, die Nachfrage lag 2021 wieder auf dem Niveau von 2007. Auf einer besorgniserregenden Talfahrt befindet sich der **Maschinenbau**, wo sich die Einschreibezahlen im Vergleich zu 2011 quasi halbiert haben! In der **Physik** gehen die Studienanfängerzahlen zwar seit 2019 etwas zurück, aber das Fach liegt noch auf dem Niveau von 2014. In der **Chemie** hingegen liegen die Erstsemesterzahlen inzwischen unter dem Wert von 2005.

IV. DAS ENDE DES WACHSTUMS: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Wir haben gesehen: Die Lage ist weit differenzierter, als es die allgemeine Entwicklung aller Studienanfängerzahlen vermuten lässt. Dennoch ist das Ende der Expansionsphase gekommen. Die Hochschulen stehen nun vor der Herausforderung, sich umzustellen auf eine Phase ohne Wachstum. Wie können wir dafür sorgen, dass diese Phase der Stabilität keinen Stillstand oder Rückschritt bedeutet? Welche Chancen liegen darin? Ich möchte dazu einige Denkanstöße geben.

1. Realistische Ziele setzen und Zielerreichung finanzieren

Als erstes möchte ich betonen: Wir müssen uns realistische Ziele setzen, darum dürfen wir die Entwicklung nicht an Ausnahmejahren wie 2011 oder 2020 messen. Wichtiger ist, dass sich die Studienanfängerzahl ab 2027 laut KMK wieder auf einem hohen Niveau einpendeln wird. Und es ist ein sehr positives Vorzeichen, dass sich im letzten Jahr fast 35 Prozent mehr Menschen in den Hochschulen eingeschrieben als 2005! Diese erhöhte Studierneigung müssen wir aufrechterhalten, wenn wir dem Fachkräftemangel begegnen wollen. Damit die Hochschulen möglichst viele hochqualifizierter Fachkräfte ausbilden können, müssen sie von ihren Trägern dementsprechend ausgestattet werden. Einsparmöglichkeiten kann ich nicht erkennen.

2. Nach dem quantitativen Wachstum jetzt Wachstum der Qualität

Denn nach dem quantitativen Wachstum ist vor dem qualitativen Wachstum. Wenn sich die Einschreibezahlen in den nächsten Jahren konsolidieren, haben die Hochschulen die Chance, Fehlentwicklungen der Wachstumsperiode zu korrigieren. Als solche

Fehlentwicklungen sehe ich eine Überbuchung stark nachgefragter Studiengänge, verschlechterte Betreuungsrelationen, ungünstige Gruppengrößen, besonders an den HAW. An den Universitäten sind die Betreuungsrelationen schon wieder besser geworden und lagen 2022 mit 6 1:1 fast wieder auf dem Niveau von 2010 (60:1).⁵

Die Hochschulen können außerdem Verbesserungen in Studium und Lehre vornehmen, den Studienerfolg dadurch steigern und die Digitalisierung vorantreiben. Der Wissenschaftsrat hat hierzu in den letzten Jahren konkrete Empfehlungen erarbeitet.

3. Finanzierungsmechanismen der neuen Lage anpassen und maßgeschneiderte Strategien entwickeln

Auch die Politik muss sich umorientieren: Nach langen Jahren des Kapazitätsausbaus darf die Hochschulfinanzierung nicht mehr in erster Linie quantitatives Wachstum belohnen. In Zukunft muss gelten: Small is beautiful, too.

Die Hochschulen müssen in der Lage sein, auf die differenzierten Entwicklungen auch differenziert zu reagieren. Abhängig von Fächerstruktur, Hochschultyp und regionalen Aspekten kann der Handlungsbedarf ganz unterschiedlich sein. Technische Hochschulen mit einem hohen Anteil an MINT-Fächern, deren Studienkapazitäten in den letzten Jahren ausgebaut wurden, werden absehbar mit rückläufigen Studienanfängerzahlen konfrontiert sein. Aber die Professuren in diesen Fächern sind langfristig besetzt. Universitäten mit geisteswissenschaftlichem Schwerpunkt in demografisch schrumpfenden Regionen sind ganz anders betroffen als HAW in Stadtstaaten wie Berlin.

Jedes Land und jede Hochschule braucht daher ein strategisches Konzept, um auf die spezifische demografische Entwicklung bzw. Nachfrage angemessen zu reagieren. Dazu müssen sie aus dem vorhandenen Geld künftig noch mehr machen. Für die Hochschulen sehe ich dabei grundsätzlich **drei strategische Optionen**:

- 1 – sie können **Stabilität** bei den Einschreibungen anstreben, sich fachlich arrondieren, überspezialisierte Studiengänge umgestalten, unterausgelastete Studienangebote abbauen, und zwar möglichst in Abstimmung mit Hochschulen in der Region;
- 2 – sie können – wenn ein **Schrumpfen** unvermeidbar ist – ihr fachliches Profil einschränken, sich intensiv mit Partnerhochschulen abstimmen und gemeinsam neuartige Studienangebote machen;

⁵ Siehe Uni-Barometer in Forschung & Lehre 1/24; <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/betreuungsrelation-jetzt-bei-161-6125>

- 3 – sie können danach streben, weiter zu **wachsen**, indem sie neue Studienformate anbieten, dadurch neue Zielgruppen erschließen und Studienbedingungen anbieten, die sie auch international noch attraktiver machen.

Länder haben grundsätzlich auch die Option, Hochschulen zu schließen oder zu fusionieren. Allerdings wären solche Entscheidungen mit hohen politischen Kosten verbunden und würden auf erheblichen Widerstand der Betroffenen stoßen. Trotzdem kann man sie nicht von vorneherein ausschließen.

4. Studienerfolg erhöhen und neue Zielgruppen erschließen

Es wäre wenig sinnvoll für unser Gemeinwesen, wenn die Hochschulen mehrheitlich gegen den demografischen Trend Wachstum anstreben würden. Das würde vermutlich nicht einmal durch die Rekrutierung von internationalen Studierenden gelingen. Vielmehr muss im Vordergrund stehen, die eingeschriebenen Studierenden zum Studienerfolg zu begleiten, ohne Abstriche an den Voraussetzungen und fachlichen Ansprüchen zu machen. Denn nur mit Absolventinnen und Absolventen begegnet man dem Fachkräftemangel. Und dieses Ziel ist für Studienanfängerinnen und -anfänger aus dem Ausland mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Darauf komme ich später zurück.

Gesellschaftlich sinnvoll wäre durchaus eine Erschließung neuer Zielgruppen z. B. durch zeitlich und örtlich flexible sowie berufsbegleitende Studien- oder Weiterbildungsangebote, die Einführung dualer Studienangebote, die Akademisierung von bisherigen Ausbildungsberufen und die gezielte Ansprache von Jugendlichen aus nicht-akademischen Elternhäusern. Das ist das Wachstumsrezept der privaten Hochschulen, von ihnen kann man einiges lernen.

Die Hochschulen müssen also mehr für ihre Attraktivität tun: In den vergangenen Jahren kamen die Studienanfängerinnen und -anfänger in Scharen, nun muss man um sie werben – und zwar nicht allein mit verstärktem Marketing. Vielmehr muss man die Interessen und Bedürfnisse potenzieller Studierender ernst nehmen und bedarfsgerechte Angebote schaffen. Das gilt auch dann, wenn man nicht weiter wachsen will.

5. Solidarität und Abstimmung statt Konkurrenz und Eigennutz

Grundsätzlich kann ein Wettbewerb der Hochschulen um Studierende dazu beitragen, Studienangebote und Lehrqualität zu verbessern. Problematisch wäre allerdings, wenn es zur gegenseitigen Abwerbung von Studienanfängerinnen und -anfängern durch aggressives Marketing käme. Das würde nur zu einer Kannibalisierung unter den Hochschulen führen. Es müssen also Abstimmungen zwischen den Hochschulen an Bedeutung gewinnen und dies nicht nur innerhalb der Länder, sondern auch länderübergreifend. In der Ausbauphase war die Solidarität der Länder ein Merkmal des Hochschulpakts: Die Halteländer bauten ihre Kapazitäten nicht ab, um die

Ausbauländer zu entlasten, die ihnen dafür Bundesmittel abtraten. Solche Solidarität wird auch künftig gebraucht. Dafür sollten Länder und Hochschulen gemeinsame Strategien entwickeln und Studienangebote miteinander abstimmen. In Schleswig-Holstein ist durch unsere Landesstrukturbegutachtung die Einsicht in diese Notwendigkeit bereits gewachsen. |⁶

6. Personalstrategien entwickeln

Aus meiner Sicht müssen alle strategischen Überlegungen darauf ausgerichtet sein, elastisch auf schwankende Nachfrage zu reagieren. Das ist in Hochschulen mit verbeamtetem Personal wesentlich anspruchsvoller als in einem Unternehmen, das betriebsbedingt kündigen kann, wenn ein Geschäftsfeld wegfällt. Aktuell scheint es mir keine Option zu sein, einfach bei den befristet Beschäftigten in der Qualifizierungsphase zu kürzen. Wir bemühen uns ja gerade, für sie verlässlichere Karrierewege zu schaffen. Ein ganzes Fach und sein Studienangebot einzustellen ist schwer in einer Institution mit kollegialer Selbstverwaltung. Die Expertenorganisation Hochschule ist nicht leicht zu schrumpfen, das betrifft v. a. das **wissenschaftliche Personal**.

Aber es gibt noch einen weiteren Effekt des demografischen Wandels, der für die Hochschulen Konsequenzen hat: nämlich der schon heute erkennbare **Fachkräftemangel beim nicht-wissenschaftlichen Personal**. Während die Universitäten und zunehmend auch die HAW mit Hilfe des Promotionsrechts die Qualifizierung des wissenschaftlichen Personals selbst steuern können und in vielen Fächern noch nicht unter Nachwuchsmangel leiden, zeichnet sich in Technik und Verwaltung ein ungünstigeres Bild ab. Ab 2025, wenn die Babyboomer-Generation allmählich in Rente geht, wird es auf dem Arbeitsmarkt zu einer noch größeren Lücke kommen. Der hohe Ersatzbedarf wird sich aufgrund der Altersstruktur mutmaßlich nicht vollständig decken lassen. Laut McKinsey werden bis 2030 etwa 840 Tsd. Vollzeitkräfte im öffentlichen Dienst fehlen |⁷. Laut Hochschulbarometer des Stifterverbandes haben schon heute viele der befragten Hochschulen Schwierigkeiten, für Stellen in Verwaltung und Technik Personal zu finden und zu halten, zumal die Gehaltsschere zwischen TV-L und Privatwirtschaft immer größer wird. |⁸ Wenn eine Hochschule also wachsen oder groß bleiben will, muss sie auch für nicht-wissenschaftliches Personal ein attraktiver Arbeitgeber sein.

|⁶ Siehe Flensburger Tageblatt vom 9.1.2024: Wir müssen mehr junge Menschen hierher holen“ Über die Herausforderungen für die Hochschulen in Schleswig-Holstein mit Blick auf das Ende der Wachstumsphase. <https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/hochschulen-in-sh-das-bedeutet-das-ende-des-wachstums-fuer-sie-46148592>

|⁷ Siehe Handelsblatt; <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/babyboomer-im-oeffentlichen-dienst-werden-840-000-fachkraefte-fehlen-/28942072.html>

|⁸ Siehe Stifterverband: Hochschulbarometer 2023; <https://www.hochschul-barometer.de/2023/fachkraeftebildung>

7. Internationale Studierende kommen gerne, bedeuten aber Mehraufwand

Internationale Studierende bieten ein großes Potenzial für die Gewinnung von Fachkräften in Deutschland. In der Vergangenheit ist ihre Zahl stetig gestiegen auf 114.700 Studienanfänger 2022. |⁹ Deutschland war im Wintersemester 2022/2023 als Gastland für internationale Studierende in absoluten Zahlen nach den USA und dem Vereinigten Königreich weltweit an dritter Stelle. |¹⁰

Bei den internationalen Studierenden sind die Ingenieurwissenschaften mit 43 Prozent am beliebtesten. Ihre fachliche Präferenz bietet die große Chance, dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken. Denn auch die Verbleibquoten der Bildungsausländerinnen und -ausländer sind im internationalen Vergleich sehr positiv: Nach fünf Jahren sind noch 63 Prozent in Deutschland, nach zehn Jahren immerhin noch 45 Prozent. Das ist deutlich höher als in Frankreich, der Schweiz, Großbritannien oder den Niederlanden. Die Anforderung deutscher Sprachkenntnisse bei der Aufnahme eines Studiums bildet also einen Vorteil für die Gewinnung von Fachkräften. Unsere Nachbarländer können mit ihren englischsprachigen Studiengängen zwar viele internationale Studierende ins Land holen, aber nicht als Arbeitskräfte im Land halten. Wenn Hochschulen verstärkt ausländische Studierende anwerben wollen, |¹¹ sollten sie Folgendes berücksichtigen:

Die Maßnahmen für die Gewinnung, Studienvorbereitung und den Zugang zum deutschen Hochschulsystem sind aufwändig, nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die öffentliche Verwaltung, insbesondere die Ausländerämter. Auch ist die Abbruchquote bei internationalen Studierenden im Bachelor- und Masterstudium deutlich höher als bei deutschen. Die Hochschulen müssen also zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um den Studienerfolg der internationalen Studierenden zu verbessern. Und das erzeugt Kosten für Strukturen und Personal.

Internationale Studierende sind in ihren Bildungserfahrungen und Studierenerwartungen durch ihre Herkunftsländer geprägt; dasselbe gilt für politische, ethische, religiöse Einstellungen. Gerade in jüngster Zeit sehen wir, dass dies zu Konflikten zwischen verschiedenen Studierendengruppen führen kann, die teilweise auch auf dem Campus ausgetragen werden. Bei verstärkter Rekrutierung internationaler Studierender müssen die Hochschulen also auch mehr Heterogenität und Konfliktpotenzial bewältigen. Und auch dafür sind Ressourcen aufzuwenden.

|⁹ Die Zahl der Bildungsausländer/-innen, die im Studienjahr 2019 ein Studium in Deutschland aufnahmen belief sich auf 110.975.

|¹⁰ Siehe DAAD (2013): Wissenschaft Weltoffen. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland und Weltweit; https://www.wissenschaft-weltoffen.de/content/uploads/2023/09/WWO_2023_web_bf_de.pdf

|¹¹ Siehe z.B. Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) 2019: Dem demografischen Wandel entgegen. Wie schrumpfende Hochschulstandorte internationale Studierende gewinnen und halten; Berlin. (https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR_FB_Schrumpfende_Hochschulstandorte-8.pdf)

Eine besondere Herausforderung stellt inzwischen der Umgang mit chinesischen Studierenden dar, die eine sehr große Gruppe unter den internationalen Studierenden ausmachen. Ihre Verbleibquote ist allerdings unterdurchschnittlich, weshalb ihre Qualifizierung für die Fachkräftegewinnung wenig bringt. Zudem ist zu bezweifeln, dass ein Wissenstransfer nach China durch zurückkehrende chinesische Absolventinnen und Absolventen aufgrund der zunehmenden technologischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Konkurrenz für Deutschland noch von Vorteil ist. Doch was will eine Hochschule dagegen unternehmen, dass sie in China bekannt und beliebt ist? Wir sehen: Auch in Bezug auf die Gewinnung von internationalen Studierenden brauchen Hochschulen eine langfristige Strategie.

8. Angebot nach der Nachfrage richten, aber nicht nur

Die deutsche Wirtschaft hat einen hohen Bedarf an MINT-Fachkräften. Aktuell fehlen in MINT-Berufen fast 300 Tsd. Arbeitskräfte – sowohl Akademiker akademische wie auch nicht-akademische Fachkräfte. Und der Bedarf wird noch steigen, so der MINT-Herbstreport 2023 des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) |¹². Gleichzeitig sind bei sinkenden Studienanfängerzahlen noch weniger Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Fächern zu erwarten. Und die – laut jüngsten PISA-Ergebnissen – schwächer werdenden Kompetenzen in Mathematik von Schülerinnen und Schülern machen die Aussichten nicht besser.

Die Hochschulen müssen also nicht nur mehr Studieninteressierte für MINT-Studiengänge gewinnen, sie müssen sie teilweise erst noch studierfähig machen. Es hat Gründe, dass die Wechsel- und Abbruchquoten in den MINT-Fächern aktuell sehr hoch sind. |¹³ Die Hochschulen müssen also mehr tun, um den Studienerfolg zu verbessern. Aber wie der Wissenschaftsrat schon 2010 formuliert hat: Die Hochschulen können sich „nicht darauf beschränken, die gesellschaftlichen Erwartungen zu erfüllen, sondern sind auch der wissenschaftlichen Eigenlogik verpflichtet.“ |¹⁴ Sie sollten ihr Studienangebot fachlich nicht allein an Arbeitsmarkt, Volkswirtschaft oder studentischer Nachfrage orientieren. Vielmehr müssen sie auch in Zukunft ein breites fachliches Spektrum vorhalten, stellt doch disziplinäre Vielfalt eine notwendige Voraussetzung für einen hohen Grad an Responsivität im Falle unvorhersehbarer Krisen dar. Auch dafür muss die öffentliche Hand Mittel verlässlich bereitstellen. Wir dürfen nicht übereilt

|¹² Siehe <https://www.iwkoeln.de/studien/christina-anger-julia-betz-wido-geis-thoene-axel-pluenecke-mehr-mint-lehrkraefte-ge-winnen-herausforderungen-der-zukunft-meistern.html>

|¹³ Laut IW Köln betragen die Wechsel und Abbruchquote in den MINT-Fächern im Jahr 2020 rund 53 Prozent. Das DZHW berechnet 2020 eine etwas geringere Quote in Mathematik/Naturwissenschaften (43 Prozent) und in den Ingenieurwissenschaften (35 Prozent) im universitären Bachelorstudium.

|¹⁴ Siehe Wissenschaftsrat (2010): Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen (Drs. 10387-19), S. 17; Lübeck. URL: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10387-10.html>

aufgrund von Nachfrageschwankungen Fächer und Institute kaputtsparen, zumal sie später nur mit großen Anstrengungen und mit hohen Kosten wieder aufgebaut werden könnten.

V. FAZIT UND LEITFRAGEN FÜR DIE DISKUSSION

Ich fasse zusammen: Die Entwicklung der Studienanfängerzahlen betrifft Länder, Hochschulen und Fächer in sehr unterschiedlicher Weise. Darauf kann man nicht mit einer „one fits all“-Strategie reagieren. Damit wir gemeinsam zu einer Einschätzung der komplexen Ausgangslage gelangen können, möchte ich Sie nun einladen, Ihre Erfahrungen und Vorstellungen zum Umgang mit der demografischen Entwicklung an den Hochschulen einzubringen und Beiträge zu folgenden Fragen zu leisten:

- _ Wie sorgen wir dafür, dass das Ende des Wachstums im Hochschulsystem der Anfang von einer guten neuen Entwicklung wird? Wie kann der Wissenschaftsrat hier unterstützend und beratend wirken? Wie wertvoll Landesstrukturbegutachtungen sein können, habe ich schon betont. Dazu können vielleicht Länder mit entsprechenden Erfahrungen berichten.
- _ Welche Strategien verfolgen die Länder und die Hochschulen im Einzelnen? Wie bewältigen wir noch mehr ausländische Studierende? Wie machen wir alternative Strategien (Konsolidieren oder Schrumpfen) attraktiv? Auch dazu könnte der Wissenschaftsrat Empfehlungen erarbeiten.
- _ Wenn jedes Land und jede Hochschule nur für sich Ziele verfolgt, wie erreichen wir zugleich das Beste für das Gesamtsystem und das Gemeinwesen? Könnte vielleicht ein Gremium mit Systemblick wie der Wissenschaftsrat genau dabei behilflich sein?
- _ Was bedeuten all diese Entwicklungen für das Verhältnis von Hochschulen und Ländern? Können die Hochschulen den Wandel im Sinne des Gemeinwohls verantwortungsvoll gestalten? Oder muss die Balance von Hochschulautonomie und politischer Steuerung neu austariert werden? Auch das sind Fragen, mit denen sich der Wissenschaftsrat befassen könnte.

Die indigene Bevölkerung im brasilianischen Mato Grosso hat ein gutes Rezept gegen lange Reden: Wer eine Rede hält, darf nur so lange sprechen, wie er oder sie auf einem Bein stehen kann. Hierzulande dürfen Rednerinnen und Redner so lange sprechen, wie sie sich auf beiden Beinen halten können. Und ich durfte sogar im Sitzen sprechen. Aber nun bin ich am Ende angelangt und gespannt auf unsere Diskussion.

Es gilt das gesprochene Wort